Das Klimaabkommen – und was zu tun ist

In wenigen Wochen wird das Pariser Klimaabkommen bei den Vereinten Nationen in New York zur Unterschrift aufgelegt. Jetzt geht es darum, dass der angestrebte Transformationsprozess auch in Gang kommt. Die EU hat dabei eine spezielle Rolle.

Stefan Schleicher Margit Schratzenstaller

Klimaabkommen der COP 21 in Paris stellt sich aus mehreren Gründen zunächst als Erfolg dar. Es gibt ein gemeinsames globales Verständ-nis, dass der Klimawandel eine Gefahr für die Menschheit ist und alle Länder einen Beitrag zur Begrenzung des Temperaturanstiegs leisten müssen. Die strikte Trennung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird aufgehoben. Und es nahmen auch die größten Treibhausgasverursacher und jene Länder, deren Budgets stark von den Einnahmen aus fossilen Energieträgern abhängen,

Die wichtigsten Inhalte des Pariser Abkommens sind:

■ Das Ziel, den Temperaturanstieg bis 2050 gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, soll auf Basis nationaler Klimaschutzverpflichtungen erreicht werden.

■ In Fünfjahresabständen sollen die nationalen Beiträge und Fortschritte in Hinblick auf das globale Ziel überprüft sowie die Klima-schutzverpflichtungen der Länder angepasst werden.

■ Alle Länder müssen einen Beitrag leisten, die spezielle Situation der Entwicklungsländer wird je-doch mit dem Grundsatz gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeit und entsprechend differenzierter Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

■ Die nationalen Klimaschutzverpflichtungen unterliegen aller-dings keinen Sanktionen. Die Ver-bindlichkeit der freiwilligen nationalen Klimaschutzverpflichtungen soll durch die Betonung von Transparenz gestärkt werden.

■ Der Höhepunkt der globalen Treibhausgasemissionen soll so bald wie möglich überschritten werden, rasche Reduktionsschrit-te sollen folgen. Dabei wird den Entwicklungsländern ein längerer Zeitraum bis zum Erreichen ihrer Höchstwerte eingeräumt.

■ In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts sollen Netto-Null-



Die Dekarbonisierung der Wirtschaft – insbesondere in den Industriestaaten und Schwellenländern – muss mit ambitionierten nationalen Aktionsplänen in Angriff genommen werden.

Emissionen, das heißt ein Gleichgewicht zwischen Emissionsquellen und -senken, erreicht werden. Für die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern bei ihren Vermeidungs- und An-passungsstrategien wird bis 2020 die Bereitstellung von 100 Mrd. US-Dollar jährlich angestrebt. Nun steht die Imple-

mentierung der Ergebnisse des Pariser Klimaabkommens in nationale Handlungsstrategien an. Ein erster Prüfstein ist im April 2016, wenn das Klimaabkommen bei den UN in New York zur aufgelegt Unterschrift wird. Wenn bis April 2017 mindestens 55 Länder, die mindestens 55 Prozent der globalen Emissionen abdecken, das Abkommen unterzeichnet haben, tritt es in Kraft. Entscheidend für den Erfolg des Abkom-mens ist allerdings nicht seine offizielle Ratifizierung, sondern ob es gelingt, einen Transforma-tionsprozess in Gang zu

setzen. Die EU steht vor der Herausforderung, eine ambitionierte Klimapolitik umzusetzen, die von allen Mitgliedsländern mitgetragen wird, und das

Politikversagen in einer Reihe kli-marelevanter Politikbereiche an-

Angela Köppl,

Stefan Schlei-

cher, M. Schrat-

zenstaller.

Foto: Wifo, Cremer

■ Die hohen Erwartungen, die in den 2005 eingeführten EU-Emissionshandel gesetzt wurden haben sich nicht erfüllt. Die bisherigen und aktuell vorgeschlagenen Reformschritte werden nicht dafür sorgen, dass vom EU-Emissionshandel ein glaubwürdiges Preissignal in Richtung Dekarbo-nisierung ausgeht, da die hohen Überschüsse an CO2-Zertifikaten im Markt noch über viele Jahre den Preis drücken werden.

■ Die EU-Kommission legte 2011 einen zukunftsweisenden Vor-

schlag für eine Novellierung der Energiesteuerrichtlinie aus dem Jahr 2003 vor, der die Orien-tierung der Mindeststeuersätze an Emissionsintensität und Energiegehalt der besteuerten Energieträger vorsah. Die CO₂-Komponente sollte das CO₂-Preissignal auf Sektoren außerhalb des Emissionshandelssystems ausweiten. Allerdings zog die EU-Kommission Anfang 2015 den

Richtlinienvorschlag mangels Unterstützung durch die Mitgliedsländer zurück: Bis dato gelang auch keine Einigung auf die Einführung eigener EU-Steuern, die auf der EU-Ebene im Ver-

gleich zu einer nationalen Implementierung viel effektiver durchgesetzt werden könnten: etwa eine Steuer auf Kerosin oder Flugtickets.

■ Die EU braucht ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen Klima und Energie und der Möglichkeiten, die sich durch eine radikale Energiewende eröffnen. Mit ihren fünf Eine detailliertere Fassung dieses Kom-Dimensionen (Versorgungssicherheit, voll integrierter Energiemarkt, Energieeffizienz, Emissionsreduktion, Forschung und Innovation)

legt die EU-Energiestrategie den Fokus auf Energieflüsse statt auf Energiedienstleistungen wie Heizwärmebereitstellung für Gebäude oder spezifische Elektrizitätsdienstleistungen, etwa Beleuch-

■ Das EU-Budget trägt nur wenig zu einer Dekarbonisierungsstrategie bei. Nach wie vor unterstützt die Agrarpolitik vorwiegend nicht nachhaltige Produktionsstrukturen, und die Kohäsionspolitik ist kaum mit Klimazielen verknüpft. Mit unter zehn Prozent ist der Anteil der Forschungsausgaben für klimarelevante Fragestellungen gering.

Transformation unterstützen

■ Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) hat keinen spezifischen Fokus auf Projekte, die eine sozioökologische Transformation unterstützen, wie etwa Investitionen in klimarelevante Forschung, Erneuerbare oder Energieeffizienz.

Letztlich ist die Umsetzung des Pariser Abkommens ein Test dafür, ob die EU-Länder sich auch künftig kooperativen und konstruktiven Lösungen für globale Herausforderungen, wie der Klimapolitik, verpflichtet sehen.

ANGELA KÖPPL forscht am Wifo über Umwelt- und Energiethemen.

STEFAN SCHLEICHER ist Professor am Wegener Zentrum für Klima und Globalen Wandel und am Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Graz.

MARGIT SCHRATZENSTALLER ist stellvertretende Leiterin des Wifo in Wien. terreichischen Gesellschaft für Europapolitik veröffentlicht.

www.oegfe.at/policybriefs

GÜNTER TRAXLER

Ein Strache für Döblinger



Es ist schon lange Zeit her, dass Österreichs Außenpolitik Profil hatte. Jetzt hat sie Sebastian Kurz. Er ist das sortenreine Produkt

österreichischer Innenpolitik, was die neue Nähe zum Westbalkan verständlicher erscheinen lässt. Einer Innenpolitik, deren berufene Betreiber die Maxime ihrer Unterlassungen in einem angstgetriebenen Opportunismus gefunden haben, von dem allein sie sich Hoffnung auf ein politisches Überleben erträumen. Doch die Bundespräsidentenwahl kommt bald, und wie immer sie ausgeht, wird die Koalitionäre vor Fragen stellen, für deren Beantwortung sie nicht ausreichend gerüstet sind.

ls eine dieser Antworten wird Kurz gehandelt. Warum nicht? Schon seine Bestellung zum Außenminister hatte nichts mit irgendeiner fachlichen Qualifikation für dieses Amt zu tun, sondern entsprang dem Bedürfnis der Volkspartei, Erneuerung durch ein Exempel juveniler Glattheit, innerlich und äußerlich, vorzutäuschen. Das fehlerfreie Abspulen von Leerformeln in geschniegelter Haltung und Intonation galt rasch als Beweis von Talent. auch wenn nie wirklich deutlich wurde, wofür. Und die mediale Bewunderung, wie weit es doch einer in diesem Alter gebracht habe, ließ unhinterfragt, was er dafür eigentlich getan hat. Da liegt es nahe, dass er, bei gleicher Voraussetzung und zunehmender Schwäche des schwarzen Regierungspersonals, immer offener als Kanzlerhoffnung gehandelt wird.

Mit seinen jüngsten außenpolitischen ProfilierungsversuEuropäischen Union, speziell Angela Merkels, Griechen-lands, der Flüchtlinge – hat sich Kurz allerdings in die Konkurrenz zu einem Mitbewerber begeben, dem er in seiner Grundhaltung des Dichtmachens von Grenzen ziemlich ähnlich geworden ist. Die-se Ähnlichkeit war natürlich gewollt, der FPÖ und Strache soll damit das Wasser des Rechtspopulismus abgegraben werden. Gelungen ist so etwas bisher noch nie, das könnte die SPÖ mit ihrem Verständnis für internationale Solidarität bezeugen, hätte sie es nicht

on einem Außenminis-ter, noch dazu einer christlichen Partei, sollte man aber mehr erwarten dürfen als eine wahltaktische Anbiederung an eine rechtsau-ßen stehende Oppositionspar-tei. Da aber bleibt es bei Kurz leer. Die Balkanroute ist ab sofort dicht, man darf "das Ende des Durchwinkens" feiern, als ob es damit für zehntausende Flüchtlinge, die in Griechenland festsitzen, irgendetwas zu feiern gäbe. Eine europäische Lösung des Problems bleibt schwierig, wenn nicht fern – Österreich hat jedenfalls nichts dazu beigetragen, und dass die Flüchtlings"welle" zu stoppen sei, glaubt nicht einmal die Kronen Zeitung.

Wer die engstirnige Abschottung eines Landes gegen alles Fremden will und überzeugt davon ist, dass dies in einer globalisierten Welt möglich sei, der wird stets zum Schmied gehen, nicht zum Schmiedl. Ein Strache für Döblinger wird den Zulauf zum Original nicht aufhalten können. Wie tief der eine die Mindestsicherung ansetzt, der andere wird sie weiter mindern. Ausländerfeindlichkeit ist schließlich das einzige Thema, das er besser beherrscht als die anderen. Da lässt er sich

PRESSESTIMME

Frankfurter Allgemeine

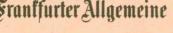
Es ist an der Zeit, in der deutschen

wenigen Tagen mehr Wirkung gezeigt als alle Versuche Merkels zuvor. Der Flüchtlingsstrom ist abgebremst worden (...).

Das ist keine ideale Lage, denn der größte Nachteil dieser Lösung tritt schon zutage: ein massiver Rückstau von Flüchtlingen in Griechenland, auf den weder das Land noch die EU vorbereitet waren; womöglich entstehen auch nur neue Wanderungswege. Die Reisefreiheit in Europa (...) erscheint dagegen im Augenblick nicht stärker beeinträchtigt als ohnehin schon. (...). Es ist und bleibt ein Widerspruch, wenn in Berlin gefordert wird, die Politik des Durchwinkens zu beenden, dann aber Kritik geübt wird, wenn das geschieht, EU-Ratspräsident Tusk.

hat recht: Das Vorgehen der Balkanstaaten ist von den jüngsten Beschlüssen der EU gedeckt, denen auch die Bundesregierung zugestimmt hat.

Das alles ist keine schöne Entwicklung, und moralisch befriedigend ist sie auch nicht. Aber als die EU beschlossen hat, die Politik der offenen Grenzen aufzugeben, hat sie sich dafür entschieden, die Flüchtlinge irgendwo aufzuhalten und zumindest teilweise abzuweisen. Dass das nun auf dem mittleren Teil der Route geschieht, hat immerhin die Türkei zu ihrem neuen Kooperationsangebot an die Europäer veranlasst, weil Ankara selbst einen Rückstau im eigenen Lande fürchten muss. Am Ende könnte Merkel bekom-



Debatte über die Flüchtlingskrise ehrlicher zu werden. Die Bundesregierung will erklärtermaßen die Zahl der Asylbewerber deutlich verringern. Dazu verfolgt sie seit Monaten eine Strategie, zu der zwei wesentliche Elemente gehören: eine Zusammenarbeit mit der Türkei bei der Sicherung der Außengrenzen und eine Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Damit ist die Bundeskanzlerin bekanntlich nicht weit gekommen. Seit ein paar Wochen versuchen es die Balkanstaaten unter Führung Österreichs deshalb mit einer anderen Strategie. Sie rie-